
FORUM: Dem DGB ins Stammbuch



Jutta Roitsch: Kommt in die Gesellschaft zurück!

Jutta Roitsch, geb. 1942 in Königsberg, Studium der Politologie in Freiburg/Br. und Berlin, vom 1. Mai 1968 bis zum 30. September 2001 Redakteurin der Frankfurter Rundschau und als Ressortleiterin verantwortlich für die Seiten „Dokumentation“ und „Schule und Hochschule“. Jetzt im Vor(un-)ruhestand.

Wer kennt sie nicht, jene dicken Bücher, die eher unauffällig am Ende einer Ausstellung oder in einem denkwürdigen Ort ausliegen: Viele große, leere Seiten warten darauf, von den Besuchern beschrieben zu werden. Und wer kennt sie nicht, jene Verführung, erst einmal zu blättern und zu lesen, was andere an Eindrücken niedergeschrieben haben. Diese „Tagebücher“ der Besucher und Besucherinnen sind oft voll von großen und kleinen Gefühlen, von Wut oder Dankbarkeit, Enttäuschung und großen Erwartungen. In den deutschen Gewerkschaftshäusern, eigentlich durchaus denkwürdige Orte, sucht man solche „Gästebücher der Emotionen und Reaktionen“ vergeblich, obwohl Menschen täglich ein- und ausgehen, Ausstellungen und Veranstaltungen besuchen. Gäbe es diese Art Stammbücher in den trostlosen Gewerkschaftshäusern mit angestaubten Grünpflanzen und dunklen Gängen, würden sie von den Verantwortlichen gelesen? Auf kaum einem Gewerkschaftstag in den vergangenen zwanzig Jahren blieben die ungastlichen Häuser des DGB unerwähnt, die jeden Geschmack vermissen lassen: In kaum einem Haus konnte sich eine Kneipe oder gar ein Restaurant halten, wo „man“ sich trifft. Kongress für Kongress ergänzte der Hamburger Metaller Frank Teichmüller seine feinsinnigen bis satirischen Beobachtungen über das alltägliche Grau in den deutschen Gewerkschaftshäusern. Die Anzüge der Funktionäre, heute das modische Outfit, haben sich von Kongress zu Kongress verändert: Der „Gewerkschaftsblaue“, jener Anzug ohne Weste aus einem pflegeleichten, knitterarmen Stoff in leicht glänzendem Blau, ist abgelöst durch Jeans und Edel-Jackett mit Weste. Doch in den Häusern der Arbeiterbewegung, selbst in den glasglitzernden Doppeltürmen der Industriegewerkschaft Metall in Frankfurt-Niederrad ist der Muff der fünfziger und sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hängen geblieben.

I.

Und dennoch: Irgendwo muss es liegen, jenes Stamm- und Gästebuch des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), denn es gab schließlich Zeiten, da beauftragte diese Dachorganisation der Arbeiterbewegung Wissenschaftler und wissenschaftliche Institute ausdrücklich, Be- und Nachdenkenswertes hinein zu schreiben. Das waren die Zeiten, in denen ein dramatischer technischer Strukturwandel und ein Mitgliederschwund, der in die Hunderttausende ging, die Organisation in Düsseldorf noch beunruhigte und aufschreckte: Und das waren die Zeiten, in denen den Gewerkschaften in der Öffentlichkeit wenig Wohlwollen entgegenschlug, in denen Journalisten und Professoren ein Modethema entdeckten und begannen, über die „Dinosaurier der Arbeiterbewegung“ und „Die Krise der Gewerkschaften“ zu schreiben. Erst gestern oder vorgestern? Mitnichten: 1984 öffnete der DGB sein Stammbuch und betraute das Institut für angewandte Sozialwissenschaft Bad Godesberg, eher bekannt unter dem Kürzel „infas“, mit dem Projekt „Wandel des politischen Bewusstseins von Arbeitnehmern“. Zwei Jahre später, im Oktober 1986, legte das Institut seine Studie „Gewerkschaften vor den Herausforderungen der 90er-Jahre“ vor. Offiziell ist sie vom Auftraggeber DGB nie präsentiert worden. Überrollt von den Skandalen der Neuen Heimat, sah sich niemand im DGB im Stande, sich den Herausforderungen zu stellen, die „infas“ auf über 200 Seiten aufgelistet hatte. So blieb die umfangreiche Studie im Rohzustand, ein Schreibmaschinenmanuskript, das die Verantwortlichen, nicht die Auftraggeber, auf einer Pressekonferenz in kleinem Kreis erläuterten. Heute, 15 Jahre später, liest sich diese Studie, die in Wissenschaft und Publizistik gern, aber falsch als infas-Geheimpapier für den DGB bezeichnet worden ist, beklemmend aktuell.

Der Umschwung in der öffentlichen und veröffentlichten Meinung trat mit dem Ende der sozialliberalen Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt ein. Er traf die Gewerkschaften, die unter Willy Brandt und Schmidt kräftig mitregiert und zeitweise den Arbeits-, Verteidigungs- und Finanzminister gestellt hatten, völlig unvorbereitet. Die publizistischen Breitseiten kamen von links bis liberal-konservativ, von Josef Esser (1982) bis Ralf Dahrendorf (1984). Letzterer prägte das Bild von den Dinosauriern. „Die Gewerkschaften sind zur Verteidigungsorganisation absteigender Gruppen geworden. Das bezeichnet ihren Stil, die Inhalte ihres Kampfes, ihre Schwäche und auch ihre Stärke“, schrieb der damals wohl gewichtigste wissenschaftliche „Einmischer“ („Die Zeit“ vom 18. Mai 1984). Die Kritik von links ging auf das in den 1970er-Jahren und in der sozialliberalen Regierung enger gewordene Beziehungsgeflecht zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern ein, wertete die starke Einbindung der Gewerkschaften in die Regierung sowie durch die betriebliche Mitbestimmung und das System der Selbstverwaltung in allen Institutionen der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung als einen Verzicht auf eine autonome Gegenmacht: Je stärker sich die Gewerkschaften als soziale und politische Partner integrierten, umso schwächer werde ihre Durchsetzungskraft in der Tarifpolitik, das heißt für ihre Mitgliedschaft, von deren Beitrittsgeldern sie lebten.

Die Meinungsforscher von „infas“ werteten den krassen Umschwung in der Öffentlichkeit kurz und bündig: „Der ‚Dämonisierung‘ in den sechziger Jahren folgte der Versuch der ‚Demoralisierung‘ in den achtziger Jahren.“ Hatten die Funktionäre irgendeinen entscheidenden Wandel auch in ihrer Mitgliedschaft übersehen, dass dieser öffentlichen Demoralisierung - noch vor den Skandalen in der Neuen Heimat und der Gemeinwirtschaft insgesamt - wenig entgegengesetzt werden konnte? 13 000 Bundesbürger, Männer und Frauen in den Branchen der „alten“ und der aktuellen „neuen“ Ökonomie befragten die Godesberger Wissenschaftler und schrieben dem DGB vier Merksätze ins Stammbuch:

1. Noch seien die Gewerkschaften in den Großunternehmen stark und könnten sich auf die männliche Mitgliedschaft stützen, aber die rasante Entwicklung in den Informations- und Kommunikationstechnologien könnte eine „Renaissance der Kleinbetriebe“ zur Folge haben. Dort aber seien die Gewerkschaften schwach und ohne Einfluss auf die Arbeitsbedingungen.
2. Arbeiter, stärker noch die Angestellten sähen im technischen Wandel keine Bedrohung, schon gar nicht ihrer eigenen Arbeitsplätze. Das Wort von der „Globalisierung“ hatte noch nicht Einzug gehalten in den täglichen Sprachgebrauch: Die Befragten von damals begründen ihre Zustimmung mit dem notwendigen Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit.
3. Von den Gewerkschaften erwarteten Mitglieder und potenzielle Mitglieder, dass sie sich an der Gestaltung von Arbeit und Technik beteiligen: Eine Verweigerungshaltung wird entschieden abgelehnt.
4. Niemand unter den Befragten rede mehr von gewerkschaftlicher Gegenmacht und der notwendigen Verschärfung der Klassegegensätze angesichts des Strukturwandels. Die (damals gerade) grün angehauchte junge technische Intelligenz in der Chemiebranche oder auch die Frauen in der Versicherungs- oder Reinigungsbranche setzten bei den Gewerkschaften auf Kooperation in und mit der Politik sowie in der Gesellschaft. Die Formel, die sie für diese Form der Kooperation zur Hand haben und für die sie auch bereit wären, sich in den Gewerkschaften zu engagieren, heißt Mitgestaltung durch die Betroffenen - nicht Mitbestimmung. Immer wieder stolpern die Meinungsforscher in diesem Punkt über die Sprache: Die traditionelle gewerkschaftliche Mitbestimmung ist im Bewusstsein der Befragten schwach verankert, Mitbestimmung der Betroffenen bei der Einführung der neuen Technologien ertret starke Zustimmung. Im Oktober 1986 fallen die Deutungen für diese Unterscheidungen noch vage aus. Mit dem Phänomen, dass eine Generation von gut ausgebildeten Frauen und kritischen Jungakademikern unter Mitbestimmung, Mitgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe etwas anderes verstehen könnte als betriebliche und außerbetriebliche Funktionäre, kamen vor fünfzehn Jahren weder die Meinungsforscher geschweige denn die Gewerkschaften zu Rande. (Ein Exkurs: Nahezu zeitgleich wiesen Experten der Arbeitsverwaltung darauf hin, dass ein zweiter gesellschaftspolitischer Stützpfeiler der Gewerkschaften, die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, im öffentlichen Bewusstsein ebenso mangelhaft verankert war wie die Mitbestimmung. Mehr als Zweidrittel der Versicherten hatten noch nie etwas von der sozialen Selbstverwaltung gehört, schrieb Fritz Pirkel, bayerischer Landesarbeitsamtspräsident, 1984 den Gewerkschaften ins Stammbuch. Sein warnender Hinweis in der Festschrift für Josef Stingl wird damals nicht gelesen worden sein, 15 Jahre später, in der heutigen Erosion der Selbstverwaltung in der Bundesanstalt für Arbeit, ist er ein Beleg für nicht wirksame „Frühwarnsysteme“ im DGB.)

Die Merksätze im Stammbuch hätten aufrütteln müssen, wenn sie denn von den Verantwortlichen im DGB und in den Einzelgewerkschaften zur Kenntnis genommen wären: hätten, wären, nichts als Konjunktive. Die Studie, die noch eher relativierend über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung von der Dämonisierung zur Demoralisierung philosophiert hatte, wurde durch die Wirklichkeit überrollt. Was folgte, war die Demoralisierung pur: Der Zusammenbruch der Neuen Heimat, die Bereicherung und Misswirtschaft unter den Gewerkschaftskollegen, der hastige Ausstieg aus der Gemeinwirtschaft und die Verramschung der genossenschaftlichen Idee erschütterten nachhaltig die Glaubwürdigkeit

- nach innen wie nach außen. „Den Laden zusammenzuhalten“, das war das leitende Motiv des damaligen DGB-Vorsitzenden Ernst Breit. An die Herausforderungen der 1990er-Jahre wurde kein Gedanke mehr verschwendet. Wie groß sie tatsächlich waren, konnten auch die Meinungsforscher 1986 nicht ahnen.

II.

Der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus - eines Systems, an das nicht wenige in den westdeutschen Gewerkschaften zu glauben gelernt hatten - traf den DGB nicht nur unvorbereitet, sondern in einem Moment der inneren Schwäche: ungebremster Mitgliederschwund, verlorene politische Glaubwürdigkeit, Verlust der gemeinwirtschaftlichen Kompetenz. Hinzu kam eine tief greifende Polarisierung in der Tarifpolitik, die in der Ausschließlichkeit der jeweiligen Position irritierend, fast schon destruktiv wirkte: Links orientierte auf die 35-Stunden-Woche, rechts auf den Vorruhestand (mit massiver Unterstützung durch die schwarz-gelbe Bundesregierung). Ungeachtet der eigenen Schwäche und der zahllosen ungelösten Probleme brach nach dem Fall der Mauer in den westdeutschen Gewerkschaften jedoch eine merkwürdige Euphorie aus: eine Stimmung wie in Gründerzeiten nach Kriegen - Aufbau aus Ruinen. Neun Millionen fest organisierte Werktätige verlockten zu einem Neuanfang im Osten, den der DGB teuer bezahlen musste. Wieder - wie zu Beginn der 1980er-Jahre nach dem plötzlichen Ende der sozialliberalen Koalition - fehlten in den Gewerkschaften realistische Einschätzungen. Wären sie gefragt worden, hätten Meinungsforscher dem DGB eine einzige Frage ins Stammbuch geschrieben: Ja, habt ihr denn überhaupt nichts gewusst? War es tatsächlich Ahnungslosigkeit oder nicht doch ein unerschütterlicher Glaube an das Gute, Wahre, Schöne im Arbeiter- und Bauernstaat: an die eingeübte Kollektivität, die autoritäre Fürsorglichkeit oder Vormundschaftlichkeit, die auch westdeutschen Gewerkschaftsführern nicht fremd ist?

Das Kapitel der Gewerkschaften in der Nachwende-Zeit ist noch nicht geschrieben; Wissenschaftler und Intellektuelle, die für sich das Ende der Arbeitgesellschaft (und damit auch der Arbeitnehmerorganisationen) beschlossen haben, interessieren sich seit den 1990er-Jahren nicht mehr für Stammbucheintragungen. Auch die Journalisten haben die Moden gewechselt. Gewerkschaften sind kein Thema mehr, sie unterliegen nur noch der pflichtgemäßen Beobachtung (zum Beispiel bei Tarifrunden oder beim „Bündnis für Arbeit“) oder der geflissentlichen Nichtbeachtung. Dennoch: Das Nachwende-Kapitel wird als Kapitel der Irrtümer geschrieben werden müssen. Dieses Urteil trifft nicht nur die deutschen Gewerkschaften, sondern auch Großorganisationen wie die Evangelische Kirche oder die politischen Parteien. Sie alle haben die Strukturen der DDR wenig oder nur sehr in Ausschnitten zur Kenntnis genommen; sie vermochten die Mentalitäten einer Bevölkerung nicht einzuschätzen, die gelernt hatte, sich vom Nationalsozialismus nahtlos in den Realsozialismus einzurichten und eine Generationsrevolte wie die 1968er im Westen nicht erlebt hatte.

Parteien, Kirchen und Gewerkschaften überrollten den Osten mit ihren westlichen Strukturen und Erwartungen, setzten auf einen aktiven Reformschub, teilweise mit Modellen, die im Westen bereits in den 1970er-Jahren an gesellschaftspolitischen Widerständen gescheitert waren: Doch der Reformschub blieb aus, ebenso der Mitgliederboom. Trotzallem formulierte der DGB in seinem ersten deutsch-deutschen Grundsatzprogramm, das im November 1996 in Dresden verabschiedet wurde, unverdrossen: „Gewerkschaften bleiben auch in Zukunft interessenbezogene Kampforganisationen und gesellschaftliche Reformbewe-

gung. Sie müssen für eine andere Zukunft, für gesellschaftliche Alternativen, für die Überwindung sozial ungerechter und ökologisch unerträglicher Verhältnisse kämpfen. Sie müssen Widerstand und Gegenmacht ebenso entwickeln wie vorwärts weisende Initiativen und zukunftsfähige Konzepte, um Freiheit und Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit durchzusetzen“.

In der Realität der 1990er-Jahre war von diesem Pathos sowie der beschworenen und programmatisch festgeschriebenen „sozialen Gegenmacht“ und „gesellschaftlichen Gestaltungskraft“ wenig zu spüren. Vielmehr erwiesen sich die Gewerkschaften zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit als die entscheidenden sozialpolitischen Befriedungsinstanzen für die Verliererinnen und Verlierer. Mit Geldern aus den Sozialversicherungen, also den Beiträgen der westdeutschen Arbeitnehmer und Arbeitgeber, wurden nach der Wende über zwei Millionen Männer und Frauen aus dem so genannten ersten Arbeitsmarkt entfernt oder in „Maßnahmen“ aufbewahrt - bis zum „Altersübergang“, zum Vorruhestand, zur Rente. Eine Viertel Million Frauen aus der sächsischen Textilindustrie verschwand lautlos, Zehntausende aus dem Bergbau, der Chemie- oder Maschinenbauindustrie tauchten in Beschäftigungsgesellschaften unter, finanziell wohl versorgt, aber ohne berufliche Perspektiven. In den Maßnahmen waren die Menschen im Wesentlichen damit beschäftigt, ihre früheren Arbeitsplätze zu entsorgen und für einen möglichen Investor aus dem Westen aufzubereiten. Danach waren sie überflüssig und wurden umgeschult, qualifiziert, weitergebildet - nur für wen und für was? Die Gewerkschaften betrieben im Bunde mit der Arbeitsverwaltung (unter Anleitung der Treuhand und massiver Stützung durch die Bundesregierung) ein System der Umleitung, das sich nach einem Jahrzehnt perspektivlos im Kreis dreht. Keines der Konzepte erwies sich als zukunftsfähig.

Warum aber halfen die Gewerkschaften, Tausende von Menschen in Kombinate des zweiten Arbeitsmarkts zu befördern? Weil ihnen nichts anderes einfiel, um ihre Tarifpolitik im Osten nicht zu gefährden, die auf schnelle Angleichung der Löhne ausgerichtet war? Oder weil sie verhindern wollten, dass jene mit der Wende abgebrochenen Debatten über eine andere Kultur des Arbeitens und Lebens, über eine gleichberechtigte Teilung der bezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen nun (ausgerechnet) über den Osten wieder belebt werden könnten? Kein Meinungsforscher hat die Arbeitnehmer und die Funktionäre in den 1990er-Jahren befragt, der DGB hat niemanden, nicht einmal sein eigenes Forschungsinstitut beauftragt, diese Wendezeiten wissenschaftlich zu begleiten. Schluss mit Eintragungen ins Stammbuch. Wirklich?

III.

Heute, anderthalb Jahrzehnte nach der infas-Studie, stehen die Gewerkschaften vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, zumindest den Herausforderungen in dessen erstem Jahrzehnt. Und in merkwürdiger Wiederholung der 1980er- und 1990er-Jahre drängt sich eine Erkenntnis auf: Tiefgreifende Brüche und Umbrüche in der Gesellschaft, in der deutschen und internationalen Politik treffen den inzwischen auf vier große und vier kleine Gewerkschaften geschrumpften DGB unvorbereitet. Lebt er seit der Ausrufung der Krise nur noch in einer eigenen Welt? Ist er zu einem in sich abgeschlossenen System geworden, das in sich selbst kreist und den Anschluss an die übrige Gesellschaft verpasst hat? Es gibt für eine solche Entwicklung Anzeichen:

1. Nichts hat diese Organisation, die zu Zeiten der deutschen Friedensbewegung von sich behauptete, sie sei die größte und älteste Friedensbewegung der Welt, beigetragen, die Enttabuisierung des Militärischen durch eine von Sozialdemokraten geführte Bundesregierung und den Funktionswandel der Bundeswehr als weltweite Eingreiftruppe kritisch zu befragen. Jugoslawien, dieser Modellstaat, von dem viele Gewerkschafter einst - in Sommerschulen auf Korcula - träumten, und die deutschen Militäreinsätze: das hätte noch vor Jahren die Aktivisten auf die Straße getrieben. Aber nicht einmal Nachdenkliches war zu lesen. Zu den schwierigen Diskussionen über den Pazifismus in Deutschland und eine rot-grüne Bundesregierung, die Deutschland erstmals nach 1945 wieder an Kriegen beteiligte und Soldaten weltweit stationiert, steuerten führende DGB-Funktionäre oder gewerkschaftliche Vordenker nichts bei. „Nie wieder Krieg“ - diese flammende Parole von Kundgebungen am 1. September hat ausgedient.
2. Aber auch bei zwei weiteren gesellschaftspolitischen „Schocks“ der jüngsten Zeit hielten sich die Gewerkschaften seltsam bedeckt, obwohl beide „Schocks“ oder „Skandale“ tief in die Substanz gewerkschaftlicher Politik eingreifen: gemeint sind die Ergebnisse der Pisa-Studie und der Skandal in den Arbeitsämtern mit geschönten Statistiken, der die Selbstverwaltung endgültig vorführte. Bereits in den 1980er-Jahren hatten sich die Eingriffe des Gesetzgebers in die sozialen Sicherungssysteme so gehäuft, dass von einer Selbstverwaltung ernsthaft nicht mehr geredet werden konnte. Nach der Wende entschied die Politik, sich der Kassen der Renten- und Arbeitslosenversicherung zu bedienen, statt der deutschen Bevölkerung für die milliardenschweren Folgekosten der Vereinigung Steuererhöhungen zuzumuten. Die Gewerkschaften hatten und haben der Aushöhlung des Systems, die interessanter Weise jeweils SPD- oder CDU-Gewerkschafter im Ministerrang zu verantworten hatten und haben, nur eine Beschwörungsformel entgegengesetzt: „Die Bundesanstalt bleibt eine Einrichtung mit Selbstverwaltung durch die Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentliche Hand“ (so der DGB-Bundesvorstand im Februar 2002 in einem Papier zum „Reformbedarf der BA“). Das Schnellgesetz, mit dem die Bundesregierung den Umbau der Arbeitsverwaltung 2002 begonnen hat (BT-Drucksache 14/8214), behält die Formel bei, nimmt der Selbstverwaltung in der Institution des Verwaltungsrats jedoch jede Gestaltungsmacht: „Ist der Verwaltungsrat der Auffassung, dass der Vorstand seine Pflichten verletzt hat, kann er die Angelegenheit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vortragen“. Die Beschlüsse des Gremiums zur Entschädigung seiner Ehrenamtlichen sind genehmigungspflichtig: Bisher ist nicht erkennbar, dass die Gewerkschaften dieser Degradierung zum Beirat des Arbeitsministers Überzeugendes entgegenzusetzen hätten.

Die bildungspolitische Momentaufnahme, die Jürgen Baumert vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung mit der Studie „Pisa 2000“ vorgelegt hat, führt den Gewerkschaften eindringlich vor, dass die Kinder ihrer Mitglieder in den deutschen Schulen zu den Ausgegrenzten und Abgehängten gehören. Die extreme Auslese von oben nach unten, von der „obersten Dienstklasse“ bis zu den Facharbeitern und ungelerten Arbeitern, trifft die Kinder der deutschen und ausländischen Arbeitnehmer. Die krasse bildungspolitische Benachteiligung von Jungen und Mädchen aus den unteren Schichten der Bevölkerung spricht jeder gewerkschaftlichen Formel von Chancengleichheit Hohn. Nur: Bisher scheinen diese Ergebnisse nicht einmal die Köpfe der Funktionäre erreicht zu haben.

P.S. Mein Eintrag ins Stammbuch, 15. April 2002:

Kolleginnen und Kollegen, kommt in die Gesellschaft zurück. Aber beeilt euch.